

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an das Land Steiermark: Zusätzliche IntegrationsassistentInnen und SozialpädagogInnen für Grazer Kindergärten mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: So ist es, ein gemeiner Antrag von ÖVP und Grünen. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Es geht um eine Petition an das Land Steiermark, wir brauchen dringend zusätzliche IntegrationsassistentInnen und SozialpädagogInnen für Grazer Kindergärten mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Dazu ein Satz vorneweg, es ist wirklich eine schwierige, prekäre Situation, es melden sich laufend KindergartenpädagogInnen, LeiterInnen von Kinderbetreuungseinrichtungen, die an der Leistungsgrenze sind. Es hat bereits jedes dritte Kind in Graz im Kindergartenalter Nicht-Deutsch als Muttersprache. Vom Land kommen da manchmal Signale, na ja verfehlte Wohnpolitik, wie immer Einzelfälle, ihr kriegt nichts zusätzlich. Einmal ein ganz klarer Appell ans Land, Graz ist nicht exterritoriales Gebiet innerhalb der Steiermark, es ist ja auch eine Aufgabe des Landes, hier zu helfen, wenn in hohem Maße zusätzlicher Integrations- und Bildungs- und Erziehungsbedarf gegeben ist. Für die Kinder, uns liegen alle Kinder am Herzen, und die Kinder mit Migrationshintergrund sollen die gleichen Bildungschancen haben, wie unsere Grazer Kinder, deren Eltern schon hier geboren sind und wenn wir nicht im frühkindlichen Bereich verstärkt ansetzen, dann ziehen sich die Defizite über den Schulbereich bis in die Berufswelt, und deshalb ist das kein Thema der Budgetbelastung, sondern ganz massiv eine notwendige Zukunftsinvestition, die Kinder sind unsere Zukunft. Eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache sind nach dem Erlernen und Festigen der Muttersprache und sozialer Kompetenz gute Deutschkenntnisse, welche die Kinder möglichst früh, rechtzeitig vor dem Schuleintritt, erwerben sollen. Dem Kindergarten kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Einige Grazer Kindergärten haben einen sehr hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, das sind allein 16 städtische Kindergärten mit solchen Kindern, mit über 70 % Kindern mit Migrationshintergrund, weitere mit über 50 %, und es geht nicht nur um die städtischen, sondern auch um die privaten und kirchlichen Einrichtungen. Ich denke, Caritas, Kindergarten in der Mariengasse, Karlau usw., wo wir weit über 70 % MigrantInnenkinder haben. Diese Herausforderung ist aber mit der bestehenden Zahl der Pädagoginnen trotz maximalen Einsatzes ihrer Kräfte nicht mehr zu bewältigen. Leider wird bei der Personalförderung seitens des Landes Steiermark darauf kaum Rücksicht genommen. Die Einrichtungen brauchen aber dringend zusätzliche IntegrationsassistentInnen und SozialpädagogInnen, deren Dienste machen sich langfristig bezahlt und die Bildungschancen der betroffenen Kinder erhöhen sich. Positive Erfahrungsberichte von KindergartenleiterInnen zeigen deutlich auf, wie wertvoll der Einsatz zusätzlicher SozialpädagogInnen ist: In Absprache mit der Kindergartenpädagogin und den Eltern können die Kinder (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) je nach Situation und Problem einzeln oder in einer Kleingruppe betreut werden, um individuell auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen. Die Förderung der Deutschkenntnisse und sozialer Kompetenzen sowie die empathische Unterstützung und Begleitung der Kinder bei der Integration in die Gesamtgruppe sind ebenso wichtig und wertvoll wie die Kommunikationsförderung zwischen Kindergarten und Eltern. Stichwort Sprachkurse für Mütter im Kindergarten.

Die Stadt Graz, insbesondere das Amt für Jugend und Familie, unterstützt die Integrationsarbeit der KindergartenpädagogInnen durch vielfältige Maßnahmen, ist bei zusätzlichem Personalbedarf aber auf die Förderung des Landes angewiesen.

Wir appellieren dringend an die ressortzuständigen VerantwortungsträgerInnen auf Landesebene, dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz entsprechend für die Stadt Graz, in der steiermarkweit wegen des hohen Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache der größte Bedarf gegeben ist, die Fördermittel für zusätzliche SozialpädagogInnen bereitzustellen.

Daher (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) stelle ich namens der GR-Fraktionen von ÖVP und Grünen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Motivenbericht entsprechend wird folgende Petition an das Land Steiermark gerichtet:

Das Land Steiermark wird aufgrund der großen Zahl von in Graz lebenden Kindern mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache dringend aufgefordert, die für zusätzliche SozialpädagogInnen im Kindergartenbereich notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Fördermittel bereitzustellen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ unterstützen wir voll und ganz diesen Antrag, weil wir davon ausgehen, dass jede Maßnahme, die zur Verbesserung der Situation beiträgt, einfach förderungswürdig ist. Was ich ergänzen möchte ist, dass man aber auf alle Fälle auch darauf achten soll, also SozialpädagogInnen und mehr ist wichtig, aber auch eine entsprechende Ausbildung in die Richtung, die es ja in anderen Bereichen durchaus gibt und dass man da den Schwerpunkt in der Ausbildung auch verstärken muss. Es nützt nämlich nichts, nur mehr zu haben, wenn sie nicht ganz gezielt wissen, wie spielerisch Deutsch zu erlernen ist oder welche Maßnahmen man diesbezüglich trifft. Was ich aber jetzt auch nutze und eine Kritik, die ich äußern möchte ist die, dass es teilweise bestehende Projekte gibt, die genau in diese Richtung Arbeit geleistet haben, deren Finanzierung nicht kontinuierlich gewährleistet wird. Zum Beispiel das Projekt spielerisch Deutsch lernen ist genau ein Projekt, das also Kinder im Vorschulalter, im Alter zwischen 5 und 6 und 7, also in dem Alter einbezogen hat mit dem Ziel, spielerisch Deutsch zu vermitteln, ihnen eine bessere Ausgangssituation auch für den Start in der Schule mitzugeben auf dieser Ebene und dieses Projekt ist zur Zeit nicht finanziert, das heißt, KollegInnen mussten gekündigt werden und müssen abwarten, bis und ob quasi auch eine Finanzierung dann wieder sichergestellt wird. Und jetzt finde ich, dass das eigentlich der falsche Weg ist, also wenn man was kontinuierlich fördert, dann könnte auch diese Arbeit, die eine ganz

wichtige ist und genau in diese Perspektive auch geht, also die könnte dann auch besser gewährleistet werden. Also für mich ist beides wichtig, jegliche neuen Maßnahmen, die zur Verbesserung beitragen, zu finanzieren, aber auch Projekte, die in diesem Bereich schon arbeiten, mit einer kontinuierlichen finanziellen Unterstützung, also diese Arbeit dann auch sicherstellen zu können und zu müssen, also das halte ich für dringend erforderlich, und den Antrag werden wir natürlich als KPÖ voll und ganz unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPÖ-Fraktion wird dieser Petition an das Land die Zustimmung geben, denn wir müssen uns klar sein, dass wir alle was tun müssen, auch im Sinne des Schwerpunktes Bildung, die Integration bereits im Kindergarten bestmöglich zu fördern und damit auch die schulische Laufbahn vorzubereiten. Es liegt auf der Hand, dass dieser Bereich nicht nur allein im Pädagogischen der Schule, nicht nur allein nur durch eine Gemeinde und durch die Stadtgemeinde Graz abgedeckt werden kann, sondern auch in den Aufgabenbereich der übergeordneten Gebietskörperschaften. Mit dem Gratis-Kindergarten hat das Land Steiermark sicher schon bereits einen wertvollen Beitrag auch im Sinne der Integration getätigt, doch ist eine pädagogische Zusatzhilfe in Kindergärten, in denen überproportional Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache sind, ganz bestimmt wünschenswert, wobei dies sicher nicht nur auf den Kindergarten, sondern auf den Hortbereich zutrifft. Um mit der leidigen Diskussion von vorhin noch einmal anzusetzen, es hat gar keinen Sinn, sich gegenseitig Zuwürfe und Anwürfe zu machen, wir wissen um die Finanzsituation des Landes, wir wissen um die Finanzsituation der Stadt. Ich appelliere dringlich, dass wir uns zusammensetzen, Petition ist die eine Sache, dringliche Petition ist die zweite Sache, aber viel wichtiger erscheint mir, dass Stadt und Land, Ressortverantwortliche, beziehungsweise auch die Finanzreferenten von Land und Stadt sich zusammensetzen und nach einer Lösung suchen, damit wir hier weiterkommen. Weil es genügt nicht, nur eine Petition zu verabschieden, sondern es genügt auch, nach Lösungen zu finden und das sollten wir gemeinsam mit dem Land Steiermark tun. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ganz kurz zur Geschäftsordnung. Ich finde es sehr eigenartig, dass ein dringlicher Antrag, wo es darum geht, die Gemeinderatssitzungen im Sinne einer Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger nicht als dringlichen Antrag zuzulassen und hier aber eine Petition sozusagen vom Stapel zu lassen an das Land, wo sehr wohl, wenn es durchginge, seitens des Landes, doch erhebliche Kosten damit verbunden sind, die in diesem dringlichen Antrag in keiner Weise ausgewiesen sind, die das Land betreffen und letzten Endes aber von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu finanzieren sind, was wiederum Grazerinnen und Grazer betrifft. Ich möchte es doch als Ausgangspunkt machen, dass das auch bei den Klubleuten und Fraktionsvorsitzendentreffen das nächste Mal behandelt wird, dass solche Unsinnigkeiten wirklich abgestellt werden. Zweitens, ÖVP ist sicherlich da einem Thema auf der Spur, das sehr wichtig ist, aber auf der einen Seite hier Gelder einzusetzen, auf der anderen Seite auch im Land Steiermark dafür mit einzutreten über den Finanzlandesrat, dass Landeskrankenhäuser in Gesundheitszentren umgewandelt werden und sozusagen hier eine Gesundheitsversorgung im Land Platz greift, das halte ich durchaus im Widerspruch stehend. Wir sind dem Antragstext gegenüber durchaus positiv eingestellt, das Thema ist richtig, es gehört etwas gemacht, aber ich denke, die Petition sollte auch dahin gehen, dass nicht alles gratis ist, was hier unter dem Zeichen der Förderung der Migration, auch wenn es hier um das ganz wesentliche Thema handelt, dass hier wirklich das Deutsch, das gute Deutsch gelernt wird für Kinder, die auch das noch wirklich vollständig erlernen können und das natürlich im frühen Alter angestrebt werden muss. Wir unterstützen diese Petition, aber jeweils mit den genannten kritischen Anmerkungen, das ist die Sichtweise des BZÖ. Dankesehr (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Benedik**: Werter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir unterstützen diese Petition, wir gehen sogar soweit, dass wir sagen,

Sprachförderung für Kinder, die nicht die deutsche Muttersprache beherrschen, gehört bereits ab dem dritten Lebensjahr, das heißt, dass diese Kinder diese deutsche Sprache lernen, bevor sie in die Schule kommen und das geht nur so früh wie möglich. Wenn man nämlich zum Beispiel mit fünf Jahren erst die deutsche Sprache erlernt, haben diese Kinder wieder massive Probleme in der Schule und deswegen würden wir diesen Antrag unterstützen. Nicht unterstützen werden wir, ich weiß nicht, es kommt ein bisschen unverständlich raus, das Lernen und Festigen der Muttersprache, das obliegt wirklich einer jeden Familie, dass sie die eigene Muttersprache selbst festigt und erlernt und das sollte nicht von der öffentlichen Hand gefördert werden. Ich glaube, das ist auch nicht so zu verstehen, liebe Sissi. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kommen zur Abstimmung, bitte aber nur auch hinkünftig alle Gemeinderatsmitglieder zu unterscheiden zwischen Petitionen und Dingen, die klar in unseren Satzungen oder unserem Statut stehen. Nach dem sollten wir vorgehen, wenn es eine Petition ist und das Kosten des Landes betrifft und auch als Petition aufbereitet ist, dann ist es hier zulässig, andere Bereiche sind eben nicht zulässig und das wurde ganz klar auch im Vorhinein abgeklärt.

GRin. **Potzinger**: Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für die Einstimmigkeit, die hier im Saale herrscht zu diesem wichtigen Thema. Ein Wort zum Herrn Klubobmann Herper, selbstverständlich genügt die Petition nicht, selbstverständlich habe ich schon am Montag die Gelegenheit genutzt im Kunsthaus, wo ich leider von eurer Fraktion von Stadtseite niemanden gesehen habe bei der großartigen Veranstaltung mit der Frau Prof. Donitscher und dem Minister Blüm und habe dort die neue Landesrätin Grossmann gebeten, unsere Petition zu unterstützen und schon um Wohlwollen geworben. Ich hoffe, dass das starke Signal wahrgenommen wird und möglichst rasch die entsprechende Hilfe kommt. Wenn wir jetzt in die Zukunft der Kinder investieren, sehr früh diese Hilfe anbieten, werden die Kinder sich in der Schule und später im Arbeitsbereich leichter tun. Deshalb bitte ich noch einmal um Annahme und danke für die Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Die Wortmeldung des Kollegen Mariacher hat mich zum Nachdenken gebracht. Wenn in einer Mitteilung mitgeteilt wird, bei aller Wertschätzung für die Magistratsdirektion und ihre Fachkompetenz, die unbestritten ist, dass von zehn Dringlichen vier Stück nicht zugelassen werden, so hat das für mich sozusagen eine zusätzliche Dimension außer der Mitteilung. Ich hätte gerne, weil es ja keine Möglichkeit gibt für die Fraktionen, eine Begründung dafür zu bekommen, warum und warum nicht, zumindest im Vorlauf einer solchen Entscheidung, wenn fast die Hälfte der vorläufig zugelassenen Dringlichen abgesagt werden, dass in einer Klubobmännerkonferenz eine Mitteilung erfolgt, damit die Fraktionen informiert sind (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich sage es aber auch umgekehrt und das möchte ich relativ deutlich auch anbringen, ich glaube, dass wir alle miteinander angehalten sind, im Sinne unseres Statutes, im Sinne unserer Geschäftsordnung selbst zu überprüfen, ob das, was wir tun, auch hier zugelassen werden kann. Ich möchte das nicht im Sinne von Nachhilfeunterricht permanent aus Magistratsdirektion auch in der Form leben, weil ja auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gesamtorganisation für uns schon sehr viel leisten und ich glaube, dass es notwendig ist, dass man sich auch einmal noch einmal genauer mit unserem Reglement beschäftigt, dann kommt es vielleicht auch gar nicht zu diesen Dingen, es liegt also schon auch bei uns in den politischen Fraktionen daran, so zu handeln, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter uns gar nicht mitteilen müssen, dass wir da etwas, sage ich einmal, Regelwidriges hier einbringen.

2) Winterbauoffensive 2009

GR. **Kolar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich hoffe, weil wir gerade vorher sehr viel über soziale Kompetenz gesprochen haben, dass ich auch bei Ihnen Gehör finde mit dieser Initiative, nämlich im Arbeitsmarkt Akzente zu setzen. Zum Motivenbericht. Auch wenn die Talsohle der Wirtschaftskrise, die auf die sogenannte Finanzkrise folgte, überschritten sein mag, meine Damen und Herren, und erste Anzeichen eines Konjunkturaufschwungs bemerkbar sein mögen, bleibt die Situation am Arbeitsmarkt weiter angespannt. Schlimmer noch: Alle Expertinnen und Experten, und meine Recherchen haben auch am Grazer Arbeitsamt hier letztendlich diese folgende Situation noch verstärkt, dass in diesem heurigen Winter die Arbeitslosenquote weiter steigen wird

Und die aktuellen AMS-Zahlen belegen die angespannte Situation. In Graz, und hier jetzt zu den konkreten Zahlen, waren im September 2009 insgesamt 12.807 Personen als arbeitslos gemeldet. Zum Vergleich: Im September 2008 waren es 10.286 - innerhalb von nur zwölf Monaten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist das ein Anstieg um 2521 Personen oder in Prozent ausgedrückt 24,5 Prozent. Damit halten wir in Graz bei einer Arbeitslosenrate von acht Prozent, im Vorjahr waren es 6,2 Prozent.

Soweit die nüchternen Zahlen. Aber hinter diesen Fakten, und das bitte ich, sich immer wieder vor Augen zu halten, stecken vor allem Schicksale - wir reden von 12.807 Grazerinnen und Grazern, Menschen, die ohne Job dastehen; wir reden von tausenden Grazer Familien, denen ein mehr oder weniger tristes Weihnachtsfest ins Haus steht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, weil der Vater oder die Mutter, oder womöglich gar beide, gar keine Arbeit mehr haben.

Und noch etwas bitte ich zu bedenken: Diese Arbeitslosigkeit wird in den Wintermonaten erfahrungsgemäß noch weiter ansteigen, wenn die Baubranche witterungsbedingt stagniert. Und eines ist auch klar: Damit setzt sich auch eine Automatik, die bereits in den vergangenen Monaten zu schwersten Krisensituationen

geführt hat, weiter fort. Eine höhere Arbeitslosigkeit führt natürlich dazu, dass die privaten Investitionen und der Konsum zurückgeschraubt werden und der Handel und viele Klein- und Mittelbetriebe davon betroffen sind. Diese Spirale, geschätzte Damen und Herren, gilt es zu bekämpfen.

Die Beschäftigungsoffensiven des Bundes und des Landes und speziell die vielzitierten Winterbauoffensiven sind diesem Zusammenhang für tausende Familien auch in Graz ein Hoffnungsschimmer (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Doch die Menschen erwarten zu Recht, geschätzte Damen und Herren, und ich danke jetzt wieder für die Aufmerksamkeit, dass auch die Stadt Graz ihren Beitrag dazu leistet, den Arbeitsmarkt speziell in diesem Winter anzukurbeln.

In diesem Sinne, sehr geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren, stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag,

die Stadtbaudirektion möge beauftragt werden, gemäß Motivenbericht Überlegungen zu einem ein Programm „Winterbauoffensive 2009“ zu entwickeln und diese dem Gemeinderat in der Novembersitzung 2009 vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Werte Kollegen und Kolleginnen! Ein sehr schöner Antrag, inhaltlich gibt es vieles drinnen zu unterstützen. Wir haben das ja schon gemacht, es gibt ja schon eine Bauoffensive, ich verstehe nur eines nicht, vor eineinhalb Stunden bin ich hier gerügt worden, da hat die SPÖ gesagt, bitte nicht so viel Bauprojekte, ich habe den Stadtrat noch ziemlich klar im Ohr, er ist jetzt, glaube ich, nicht da, aber bitte nicht so viel bauen, wir müssen andere Sachen machen. Jetzt kommt der Antrag, bitte baut mehr. Ich meine, ein bisschen schwierig ist es inhaltlich schon, aber ich finde den Antrag gut, wir sollten mehr bauen, wir tun das auch, es gibt viele große Bauprojekte, eine Nachverkehrs-drehscheibe, ein Bad Eggenberg und viele, viele andere. Nur eines muss ich auch noch dazu sagen, im Oktober eine Winterbauoffensive zu beantragen, das ist spannend, so schnell geht es im

Baugewerbe wirklich nicht, das haben wir schon länger vorbereitet, wir tun das und ich glaube zum Termin kann ich nur eins sagen, ich kann den Kollegen Baumann zitierten, die Winterreifen sind schon montiert, wir sind eigentlich schon im Winter und deswegen hat das schon stattgefunden und deswegen können wir leider, obwohl das Thema sehr wichtig ist, obwohl der Inhalt gut ist, der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herern, lieber Kollege Kolar! Zunächst einmal danke für den Antrag, also ich glaube, es ist vor allem ein wichtiges Thema, das da angesprochen wird und die Arbeitslosigkeit auch in dieser, in unserer Stadt sollte niemandem egal sein und von daher ist es natürlich wichtig, dass wir uns auch in diesem Gremium Gedanken darüber machen, wie wir der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt gegensteuern können. Was mich allerdings in dem Antrag etwas oder wo ich aufmerksam geworden bin dann, das war der Satz, wo es dann heißt und das ist, möchte ich betonen, dann das einzig konkrete Beispiel, das angeführt wird, ich denke etwa, ich zitiere jetzt etwa eine längst überfällige großräumige Sanierungsoffensive städtischer Wohnungen. Und ich glaube, ich möchte sagen, dass eine großräumige Sanierung der Gemeindewohnungen von der KPÖ bereits vor 1998 erkannt worden ist und dass seither, also seit 1998, seit die KPÖ für diesen Bereich zuständig ist, zunächst mit Stadtrat Ernest Kaltenegger, jetzt mit der Elke Kahr, dass seither eben über 1000 Wohnungen bereits auf einen zeitgemäßen Stand gebracht worden sind (*Applaus KPÖ*), sei es durch umfassende Sanierungen §-18-Sanierungen, Brauchbarmachungen von Wohnungen, die halt abgewohnt worden sind und wieder frei geworden sind zur Weitervermietung usw. Allein nur durch das von Stadtrat Kaltenegger initiierte und von Stadträtin Elke Kahr fortgeführte Projekt Nasszelleneinbau, ein Bad für jede Gemeindewohnung, können wir bereits in den nächsten Tagen die 500. zeitgemäße Nasszelle fertigstellen. Soweit also dazu, ich glaube, da gibt es natürlich dennoch Möglichkeiten und das Projekt der Sanierung von Gemeindewohnungen ist natürlich noch lange nicht abgeschlossen und von daher müssen auch dahingehend weitere Initiativen kommen. Ich möchte nur jetzt an dieser Stelle sagen, ich habe zu dem Antrag vom

Gemeinderat Kolar auch einen Abänderungsantrag, ich glaube, der ist erst danach einzubringen, also nach, jetzt hört mir niemand zu, Herr Bürgermeister, der Abänderungsantrag ist erst nach der Dringlichkeit dann einzubringen. Ich möchte dazu nur sagen, der Abänderungsantrag ist einfach eine Konkretisierung und ich glaube, der vorliegende Antrag geht insofern etwas ins Leere, weil die Stadtbaudirektion natürlich nicht dafür zuständig ist und tatsächlich auch überfordert wäre, bis zur nächsten Sitzung ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich darf mich auch namens der ÖVP-Fraktion gleich zu Wort melden. Geschätzter Willi Kolar, ich weiß, du bist an vorderster Front, wenn es darum geht, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der heutige Antrag ist ein Aufzeigen von dir, dass dir dieses Thema auch politisch weiterhin wichtig ist, das was du allerdings vorschlägst, haben sowohl ich persönlich auch in der Verantwortung für die Baudirektion seit kurzem als auch meine Regierungskollegen, und das ist teilweise jetzt auch schon gesagt worden, selbstverständlich auch das ganze Jahr über gelebt. Ich habe schon im Sommer und auch kurz danach sofort bekanntgegeben, dass wir nicht nur versuchen, die eigenen Projekte möglichst schnell auch im Gemeinderat zu beschließen, hier hereinzubringen, damit wir mit dem Bau starten können, sondern ich habe auch damals gemeint, dass neben der öffentlichen Hand auch sehr sinnvoll wäre, wenn die privaten Bauwünsche möglichst schnell umgesetzt werden können. Das heißt, wir haben eine Beschleunigungsoffensive in der Abwicklung der Verfahren begonnen und auch so versucht, möglichst private Investitionsgelder hineinzubewegen in Bauvoluminas, damit Menschen wieder Arbeit haben, die möglichst nicht nur im Winter, sondern jetzt auch schon im Herbst greifen. Wir sind ja relativ erfolgreich unterwegs. Das was die Stadt Graz, das Land Steiermark, aber auch der Bund in Graz umsetzen und beschlossen haben, wird forciert. Ich vermisse manchmal auch das Mitgehen bei wirklich großen Projekten, dieses Hin- und Hergerissen-Sein, das wir spüren von der Journalistenseite, egal ob Opposition oder in der Koalition manchmal. Auf der einen Seite sollen wir sparen, und da heißt es, entgleiten uns die Budgets, auf der anderen Seite geht es dann nicht schnell genug, dass wir wieder was bauen. Wir haben

Voluminas aufgelöst in einer Dimension, die Seltenheitswert haben, beim Bad Eggenberg, und da erinnere ich, dass auch, glaube ich, deine Fraktion nicht mitgegangen ist, wie wir den Beschluss gefasst haben, die Baustelle voll im Bau. Wir haben den Nahverkehrsknoten Bahnhof beschlossen, 90 Millionen teuren Bau, wir haben...

Zwischenruf GR. Herper: Wir waren dabei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben es mehrheitlich beschlossen, dann weiß ich jetzt nicht genau, wart Ihr dabei, müssen wir nachschauen, wirklich wahr, wenn du das sagst, wird das stimmen. Da habe ich nur gemerkt, auch da gab es keine volle Zustimmung, wie dem auch sei. Wichtig ist, und das möchte ich jetzt auch dazusagen, wir haben jetzt mit den Hochwasserbauten Beschlüsse gefasst, sobald die Verfahren immer wieder erledigt sind, können wir umsetzen und es wird auch gebaut. Wir sind in der Umsetzung mit der GBG, wir helfen mit bei den Förderungen, auch über den Feinstaubfonds, dass gerade bei Sanierungen, die ökologisch und umweltfreundlich ausgerichtet sind, ich glaube, mehr ist aus unserer Sicht im Moment nicht machbar und das, worauf du verweist, das haben wir schon getan. Die Baudirektion hat ein Beschleunigungsverfahren, wir haben im Wohnungsbau eine Wohnungsstadträtin, die seit Jahren versucht, das auch umzusetzen, da hängt es gar nicht so sehr daran, ob wir das immer so wollen, sondern da gibt es auch viele Probleme, weil gerade sozial schwache Menschen nicht immer gleich zustimmen, dass ein Lift kommen kann, dass sie bei allen Sanierungen mit dabei sind, weil es ja immer um Kosten geht, das heißt, wir sind da gut unterwegs und deswegen sehen wir den heutigen von dir eingebrachten Antrag nicht dringlich und auch im Inhalt als nicht mehr notwendig an und werden da nicht mitgehen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen von der grünen Fraktion! Ich meine, diese Reflexartigkeit ist erstaunlich, dieser Antrag war nicht darauf ausgerichtet, dass man letztendlich Maßnahmen, die wir gemeinsam hier beschlossen haben, und in manchen Bereichen waren ja auch gerade die grüne Fraktion nicht immer so federführend vorne mit dabei beim Abstimmen, wenn es um Bauprojekte gegangen ist, um das geht es letztendlich hier in diesem Bereich nicht und, Herr Bürgermeister, es ist mir auch nicht darum gegangen, letztendlich zu sagen, es passiert baumäßig nichts oder sonst was, sondern mir sind die Projekte logischerweise bekannt. Uns geht es darum, die Möglichkeiten auszuloten, weil der Arbeitsmarkt so dramatisch verfällt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und ich habe die Zahlen genannt und ihr könnt euch, und wenn ich so diese launige Bemerkung, sage ich jetzt einmal dazu, es war ein bisschen schlimmer, vom Kollegen Wohlfahrt mir anhöre, der sagt ok, die Winterreifen sind montiert. Herr Wohlfahrt dann darf man da wirklich auch einmal sagen, dann setzt euch einmal mit diesen Menschen zusammen, die Hoffnung haben, dass wir letztendlich für sie noch Möglichkeiten ausloten, egal wie groß oder wie klein sie sind und wenn man nur einem helfen können oder wenn wir nur mehreren helfen können, zählt es sich aus aus meiner Sicht, dass hier dieses Stadtparlament sich für die Grazerinnen und Grazer, die gefährdet sind, hinsetzen und einmal ihr Hirnschmalz anstrengen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte mich entschuldigen, ich werde jetzt zur Angelobung unserer Rekruten, Soldatinnen und Soldaten zum Schloss Eggenberg mit dem Herrn Landeshauptmann enteilen, den Gemeinderat wird die Frau Vizebürgermeisterin weiterleiten. Ich übergebe damit den Vorsitz im Gemeinderat an die Frau

Vizebürgermeisterin und möchte noch hinzufügen, ich werde die mündlichen Anfragen, die nach den Dringlichen kommen, dann alle auch schriftlich erledigen. Ich hätte heute leider viele auch so schaffen können und beantworten können, aber ich werde es möglichst schnell Ihnen dann auch zukommen lassen. Danke vielmals.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

3) Gratis-ÖV an Samstagen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin! Mir geht es oder uns geht es von der Fraktion der Sozialdemokraten in diesem Antrag darum, dass wir gerne einen Probeversuch starten würden nach eingehender Prüfung, was die kostenlose Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln beziehungsweise auch der entsprechenden Park-&-Ride-Parkplätze am Samstag betrifft. Ich darf Sie mit dem Inhalt und mit der Begründung meines dringlichen Antrages hier konfrontieren und werde vielen von Ihnen nichts Neues erzählen, sondern bei vielen wird es so sein, wie bei uns auch, dass man sagt, es stimmt letztendlich, dass nämlich ein wesentlicher Standortnachteil für die Grazer, und speziell die innerstädtischen Bezirke, immer wieder die Erschwernisse für Kunden betreffend die Mobilität genannt werden. Während die Einkaufszentren am Stadtrand und jenseits der Stadtgrenzen mit bequemen Zufahrtsmöglichkeiten und kostenlosen Parkplätzen werben, kann der Grazer Handel zwar mit dem unvergleichlichen Flair unserer Stadt aufwarten - doch bis potenzielle Kundinnen und Kunden überhaupt soweit kommen, ist entweder eine zeitintensive Suche nach, und dann auch wieder kostenpflichtigen, Parkplätzen hier erforderlich.

Dass Gratis-Zonen-Parken am Samstag auch aus umwelt- wie auch verkehrstechnischen Gründen nicht des Problems Lösung sein kann, darüber herrscht mit wenigen Ausnahmen zumindest größtenteils Übereinstimmung. Umso wichtiger wäre es, das Kaufserlebnis Graz in Kombination mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern. Aber dem stehen die Kosten für den ÖV entgegen: Fazit: Wie kann man es einer Familie verdenken, dass sie lieber eben vor die Stadt fährt, an den Stadtrand fährt und eben lieber an Einkaufssamstagen diese Einkaufszentren besucht, und wir hören es dann letztendlich und kriegen es auch mit, welche Staus und welche Einkaufsströme zu diesen Zentren pilgern.

Und das gilt, wie gesagt, für GrazerInnen ebenso wie für viele potentielle Kundinnen und Kunden aus dem Umland.

Gerade weil wir uns alle dessen bewusst sind, dass der Wirtschaftsstandort Graz auch zu einem Wesentlichen vom Handel lebt, dass hier sehr viele Arbeitsplätze von einem guten Umsatz abhängig sind, besteht Handlungsbedarf. Und nachdem erwiesenerweise der Samstag als der Einkaufstag schlechthin gilt, wäre daher aus unserer Sicht einmal auf zwölf Monate ausgerichtetes Pilotprojekt an allen Einkaufssamstagen mit Gratis-Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und kostenlosen Park-and-Ride-Plätzen eine geeignete Maßnahme. Das käme auf der einen Seite den Grazerinnen und Grazern natürlich in mehrfacher Hinsicht zugute, nämlich einerseits könnte damit der Individualverkehr und der Zuzugsverkehr aus dem Umland in die Stadt Graz wesentlich an Samstagen reduziert werden, sie selbst könnten den Gratis-ÖV an diesem Tag für ihre Einkäufe nutzen und durch ein zu erwartendes Umsatzplus im Handel werden die Arbeitsplätze vieler Grazerinnen und Grazer abgesichert und natürlich wäre dies, nämlich das kostenlose Parken hier in Graz am Samstag, ein Anreiz für viele KundInnen aus dem Umland, wieder nach Graz zum Einkaufsbummel zu fahren.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge die Verkehrsreferentin und die Wirtschaftsreferentin beauftragen, gemeinsam mit der Graz AG die Umsetzung eines einjährigen Pilotprojektes „Gratis-ÖV an Einkaufssamstagen in Graz“ in Bezug auf Kosten,

Nutzen, Finanzierung und Umsetzbarkeit prüfen zu lassen und dem Gemeinderat bis spätestens Jänner 2010 einen entsprechenden Prüfbericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schröck** zur Dringlichkeit: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Kollege Eichberger! Wir stimmen der Dringlichkeit und, sollte es dazu kommen, auch dem Inhalt dieses Antrages sehr gerne zu. Nur sollten wir in diesem Zusammenhang und neben diesem wichtigen Vorstoß auch einmal über die Tarifgestaltung der GVB diskutieren, denn wir glauben zum Beispiel, dass die derzeitige Gestaltung, wie zum Beispiel die Stundenkarte, längst ausgedient hat, weil sie eben nicht mehr zeitgemäß ist. Denn die GVB bietet derzeit tatsächlich keine Fahrkarten an, sondern reine Zeitkarten, deshalb werden wir in den nächsten Gemeinderatssitzungen auch einen dementsprechenden Antrag stellen. Also ja zur Dringlichkeit und ja zum Inhalt (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich werde mich jetzt als angesprochene Verkehrsreferentin selbst zur Dringlichkeit melden und ein paar Dinge dazu sagen, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Die Gratis-Öffis-Initiative gibt es ja alle Zeiten wieder, ist auch auf den ersten Blick eine logische Antwort, auf den ersten Blick; auf den zweiten Blick ist es keine Antwort einmal zuerst für all diejenigen, die Zeitkarten besitzen, weil alle, die Zeitkarten besitzen, damit wieder einmal zwischen den Fingern durchschauen und wir haben, und wir sehen es gerade an der aktuellen Statistik, wir haben ja ein relativ erfreuliches Wachstum den ÖV-Benutzer und -Benutzerinnen und dort ein übermäßiges Wachstum im Bereich der Zeitkartenbesitzer und -besitzerinnen, die würden alle nicht profitieren von dem Gratis-Öffi-Tag, weil sie ja für das ganze Jahr zahlen, das ist einmal ein Argument. Das zweite Argument ist, wenn immer wieder kommt vom Innenstadthandel, dass er so schlecht erreichbar ist, dann verstehe ich nicht, dass bis heute kaum ein Geschäft den Fahrschein ersetzt, sondern immer nur Parkscheine austeilt, das heißt, es wäre doch durchaus eine Initiative, wenn die Innenstadtwirtschaft jenen Leuten, die zu

ihnen kommen, einen Fahrschein übergibt und damit eine Alternative zum Parkplatz, weil den Parkplatz zahlen sie auch, warum soll nicht ein Fahrschein übermittelt werden? Das dritte Argument, das gegen diese Maßnahme spricht ist, dass man auch noch darüber reden muss, wie man es anlegt, wenn ihr sagt, die Parkplätze bei den Einkaufszentren außerhalb der Stadt sind so leicht und so günstig erreichbar, dann ist die Frage, wie wir sie auch bei der Stellplatzdiskussion diskutiert haben, durchaus zu stellen, warum nicht dort das Parken genauso in Konkurrenz wie zur Innenstadt auch kostenpflichtig sein soll auf den großen Parkplätzen, um diesen Zug natürlich hin auf den großen Parkplatz damit zurückzunehmen und in die andere Richtung zu leiten. Generell muss man sagen, bei der Situation, in der wir sind, müssen wir jeden Groschen, den wir haben, einerseits in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs stecken, die Infrastruktur genauso wie die Verdichtung und die Ausweitung der Zeiten, dass Passagiere überhaupt transportiert werden können, wir stoßen auf manchen Linien derzeit schon an enorme Kapazitätsgrenzen, das ist allen, die den ÖV benutzen, auch täglich spürbar. Das heißt, jedes Geld, das irgendwie mobilisierbar ist, muss in diesen Bereich gehen und würde in ein Gratis-ÖV-Angebot am Samstag falsch angelegt sein. Der zweite Ansatz, um öffentlichen Verkehr optimal auszubauen und den Menschen die Zugänglichkeit in die Stadt zu erleichtern, und dazu bekenne ich mich schon und da bin ich auch mit der Sozialstadträtin im Gespräch, dass es durchaus im Bereich der Tarife noch Ansatzpunkte gibt, wo man sagt, es muss möglich sein, auch für manche Zielgruppen günstigeren Zugang zum öffentlichen Verkehr anzudenken. Aber ich bin nicht für eine generelle Gießkannenpolitik in dem Bereich, weil der öffentliche Verkehr für die Qualität, die er bietet, auch die Leistung bringt. Und wie gesagt, wenn der Herr Schröck sagt, das Ein-Stundenkarten-Modell muss überdacht werden, es ist ein Modell, das immer weniger im Verhältnis zu den anderen Karten in Anspruch genommen wird und das ist auch sinnvoll, weil alle Leute, die Zeitkarten haben, auch wirklich regelmäßig fahren, und dieser Bereich ist zu fördern und zu unterstützen und das sehen wir auch an dem 10%-Paket, das das Land gemacht hat im letzten Sommer, dass das wirklich greift. Also da bin ich gerne gesprächsbereit, aber nicht für Gratis-Öffi an Samstagen (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger:** Also, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist ja ein Wahnsinn, was da bitte stattfindet, die ÖVP-Fraktion, die sonst permanent immer schreit, wie wirtschaftsfreundlich sie ist und wie alle anderen wirtschaftsfeindlich sind, meldet sich zu einem dringlichen Antrag, wo die Wirtschaftskammer, der Wirtschaftsbund seit Jahren immer wieder darauf drängt, entsprechende Maßnahmen zu setzen zur Forcierung des innerstädtischen Wirtschaftsraumes...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Doch nicht das.

GR. **Eichberger:** ...tut so, als ob es das nicht gäbe. Ihr müsst das eh gegenüber eurer Klientel vertreten. Nur ich bitte euch, in Zukunft auch bei anderen Debatten eben darauf Bedacht zu nehmen, wie eure Wirtschaftsfeindlichkeit in diesem Hause dokumentiert wird, durch eure Nichtmeldung zu diesem Thema, das ist ja ein Wahnsinn (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Gott sei Dank, bist du nicht Wirtschaftskammerpräsident.

GR. **Eichberger:** Liebe Frau Vizebürgermeisterin, ich verstehe dich unheimlich gut in vielen Fragen, da oder dort sind wir auch konträrer Meinung, aber was du da heute zum Besten gegeben hast als Argumentation ist möglicherweise, und ich sehe das so, dein persönlicher Zugang. Nur wenn du meinen Antragstext gelesen hast, wäre es mir darum gegangen um eine fundierte Grundlage, ob dieser Gratis-Samstag mit öffentlichen Verkehrsmitteln einen Sinn macht, was das kostet, wie die Umsetzung ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir verschaffen dir einen Termin beim Wirtschaftskammerpräsidenten.

GR. **Eichberger:** In deiner Argumentation bist du auf diese Fragen überhaupt nicht eingegangen, sondern du hast drei sehr persönliche Gesichtspunkte hier gebracht, aber uns wäre es halt schon lieb gewesen, ich schätze dich als Verkehrsreferentin, aber diese Verkehrsexpertin schlechthin bist du doch vielleicht nicht, dass du auf der Stelle sagen kannst, was das kostet, was das bringt, wie viele neue ÖV-Nutzer könnten dadurch angesprochen werden, mit welchem Wirtschaftszuwachs ist zu rechnen, und das ist der Inhalt meines Antrages, damit wir einmal Schwarz auf Weiß, Grün auf Schwarz, was immer, wüssten, bringt das etwas, was kostet das, welchen Nutzen hat die Stadt. Aber mit einer Selbstherrlichkeit mit deiner Arroganz wird hier von der Regierung Schwarz/Grün einfach alles, was nicht aus den eigenen Reihen kommt, abgelehnt, wird mies gemacht, wird schlecht geredet, wird mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt, das ist keine Politik, weder hier im Haus noch keine Politik für die Grazerinnen und Grazer, ich bin schwer enttäuscht über eure Vorgehensweise (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Auch wenn das schon dein Schlusswort war, verstehe ich deine Aufregung nicht, der letzte Gratis-Samstag wurde vom Stadtrat Riedler abgeschafft, wenn ich mich richtig erinnere aus welchen Gründen, weil damals schon die Erfahrung war, dass es dem Innenstadthandel nicht wirklich geholfen hat.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Hindernisfreie Erreichbarkeit der Grazer Innenstadt

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Nachdem wir jetzt schon eine heiße Debatte über die Innenstadt erlebt haben, möchte ich ein Schäuflin (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) dazu beitragen, um dieses wichtige Thema weiter hier am Lodern zu halten. Die Grazer Innenstadt, das ist heute schon mehrfach angesprochen worden, ist eine Visitenkarte unserer Stadt. Unter Einbeziehung des kulturellen Erbes kann hier ein Einkaufserlebnis in einem würdigen Ambiente geschaffen werden. Zahlreiche Kaufleute in der Grazer Innenstadt zeigen hierbei ein hohes Maß an Kreativität, wenn es darum geht, unserer Innenstadt einen einladenden Charakter zu verleihen.

Allerdings entsteht auch immer der Eindruck, dass die Politik ihrerseits alles tut, um den Ambitionen verschiedener Gewerbetreibender einen Riegel vorzuschieben.

Neben der Einschränkung des Zeitraumes für Ladetätigkeiten, haben wir erlebt von 11.00 Uhr auf 10.00 Uhr, kam es zur Einsparung von öffentlichen Parkplätzen, während zur gleichen Zeit die Preise für öffentliche Verkehrsmittel wieder erhöht wurden. Nicht einmal an Samstagen konnte man sich zur Gebührenfreiheit für öffentliche Parkplätze durchringen, auch diesen Antrag haben wir Freiheitliche vor einiger Zeit hier herinnen eingebracht.

Die Grazer Innenstadt kämpft also nicht nur mit der Konkurrenz in Gestalt großer Einkaufszentren, sondern auch mit den Maßnahmen einer uneinsichtigen Politik.

Es bedarf keiner besonderen Kenntnisse in Wirtschaftswissenschaften, um zu erkennen, dass die Erreichbarkeit eines wirtschaftlichen Unternehmens (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) einen wesentlichen Parameter für den wirtschaftlichen Erfolg eines Handelsbetriebes darstellt.

Es gilt also, hier einen Umdenkprozess einzuleiten und für eine leichte Erreichbarkeit unserer Innenstadt zu sorgen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Politik der kurzen Wege und wird daher in Zukunft keine weiteren Hindernisse aufbauen, die geeignet sind, die Erreichbarkeit der Grazer Innenstadt zu behindern. Ich danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schröck** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Sippel, ich hoffe, du hast vorher beim Kindergemeinderat gut zugehört, denn da hättest du dir einiges anschauen können, wie man sinnvolle Anträge stellt. Denn dieser Antrag strotzt ja nur so vor Inhaltslosigkeit und, entschuldige, wenn ich das so sage, grenzenloser...

Zwischenruf GR. Sippel: Nur weil du das nicht versteht, heißt das nichts.

GR. **Schröck**: ...grenzenloser Gedankenlosigkeit und ich hoffe ja für dich, dass du den Antrag entweder in eine vorübergehenden hoffentlichen Geistesöde geschrieben hast oder irgendein namensloser Redenschreiber sich mit dir einen Spaß erlaubt hat, weil dieser Antrag ist blut- und fleischlos und wenn es demnächst eine Definition für Wischiwaschi gibt, können wir diesen Antrag gerne als glänzendes Beispiel heranziehen (*Applaus BZÖ*). Denn wenn du schreibst, keine weiteren Hindernisse aufbauen und wenn du damit aber die Umweltzonen meinst oder die City-Maut ansprechen willst, dann bitte ich das in einem dringlichen Antrag, der ein wichtiges Instrument in diesem Gemeinderat ist, dann auch bitte zu sagen, ansonsten können wir diesem Antrag Gott sei Dank weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Eichberger**: So einig wie bei diesem Thema waren sich der Kollege Schröck und der Kollege Eichberger, glaube ich, auch noch nie. Es ist wirklich so, und es ist

vielleicht nicht der optimale Tag des Herrn Klubobmannes Armin Sippel, weil er heute, und ich habe mir das sehr wohl gemerkt und habe sogar mitgeschrieben bei seiner ersten Wortmeldung heute zum ersten Tagesordnungspunkt, hat er selber gesagt, er hat den Überblick verloren. Das ist ja noch relativ zahm formuliert, es scheint überhaupt ein verlorener Tag des Kollegen Sippel zu sein, weil so einen Antrag, und ich schätze ihn sonst, aber was da drinnen steht an Nichts, das ist unbeschreiblich, es kennt sich letztendlich, und wir haben im Klub sehr lange diskutiert und haben dann fast ein Spiel daraus gemacht, wer könnte meinen, was er meint. Wir sind aber zu keinem gescheiterten Ergebnis gekommen. Uns ist die Innenstadtwirtschaft sehr wichtig, uns sind die kurzen Wege wichtig, aber nur, wir sind letztendlich nicht ganz ins Reine gekommen, welche Hindernisse er für die Erreichbarkeit meint, sind es Hindernisse im öffentlichen Verkehr, sind es Hindernisse, dass Gehsteige nicht abgeschrägt sind, sind es Hindernisse, dass Einkaufskörbe auf Gehsteigen stehen, also es ist eine wahnsinnige Palette an Interpretationsspielräumen und es ist einfach halt ein Tohuwabohu, und da habe ich so den Eindruck gewinnen müssen leider, und wir kennen ja die FPÖ-Fraktion von relativ geradlinige Anträgen, aber da fragt man sich ja wirklich, war heute kein Sicherheitsthema da und hat man sich halt irgendeines anderen Themas bemühen müssen. Es tut mir leid erstens, dass ich dir dies jetzt in aller Offenheit sagen musste, denn das ist unser Eindruck, ich hoffe, du nimmst uns das nicht gram, zum anderen ist es so, dass uns das Thema Wirtschaft, Erreichbarkeit und, und, und, ein viel zu wesentliches Thema ist, um bei diesem oberflächlichen Antrag, wo wir nicht wissen, in welche Richtung zielt er tatsächlich ab, hier unsere Zustimmung zu geben, deshalb auch seitens der Sozialdemokratie ein klares Nein zur Dringlichkeit und natürlich auch zum Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.14 Uhr den Vorsitz.

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Anscheinend ist es mit der Fantasie einiger hier herinnen nicht zum Besten bestellt. Weil es ist doch ganz klar, um was es

hier geht, es geht um Hürden, und das ist ein bisschen weiter natürlich formuliert, um Hürden, die unserer Innenstadt bevorstehen, die von der Politik angedacht sind, das sind die Umweltzonen, das ist die City-Maut, und wir wollten hier nur einmal dem Grazer Gemeinderat mehr oder weniger ein Bekenntnis abringen, dass es hier darum geht, die Innenstadt von City-Maut, von Umweltzonen etc. in Zukunft zu verschonen und um nichts anderes geht es und ich glaube, nur weil ein Kollege Schröck hier den Inhalt und die Ambitionen nicht versteht, glaube ich nicht, dass es tatsächlich inhaltsleer ist. Aber bitte, sagen Sie das auch den Bürgern in dieser Stadt, dass Sie eben sich nicht dafür aussprechen können, dass es zu einer uneingeschränkten Erreichbarkeit in dieser Stadt kommt, sagen Sie das den tausenden Pendlern im Grazer Umland, sagen Sie das den berufstätigen Grazern, die auf ihr Auto angewiesen sind und sagen Sie es auch vor allem den Innenstadtkaufleuten. Ich glaube, wir können das mittlerweile auch belegen, dass das ein brennendes Thema ist und deswegen muss ich sagen, bin ich auch wirklich enttäuscht, dass das hier so lapidar und so oberflächlich abgetan wird. wir können das belegen, was für ein brennendes Thema das ist, wir haben tausende Unterschriften gesammelt, das ist ein Thema, das die Grazer berührt und auch auf der anderen Seite sehr verunsichert, weil auf der anderen Seite erlebt man hier einen Zick-Zack-Kurs des Bürgermeisters Nagl, der immer sagt, ja, Umweltzone ja, Umweltzone nein, einmal mit den anderen Städten, einmal...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher unverständlich.

GR. **Sippel**: So viel Fantasie wirst du wohl aufbringen, dass du weißt, was ich damit meine, oder? Das kann ja nicht das Problem sein und ich glaube, dieser Zick-Zack-Kurs, den der Herr Bürgermeister da auch vorlebt, der verunsichert die Menschen in dieser Stadt, vor allem auch deswegen, und da möchte ich nur ein Beispiel bringen, es gäbe viele zu sagen, wenn es darum geht, sich jetzt ein neues Auto anzuschaffen. Viele wissen nicht, was für ein Auto sie sich kaufen sollen und wissen nicht, ob sie mit dem dann auch im nächsten Jahr oder in der nächsten Zeit in die Grazer

Innenstadt kommen können. Also das sind alles Verunsicherungen der Grazer Bürger und Sie wollen hier anscheinend nicht für Aufklärung sorgen und ein klares Bekenntnis ablegen, wie es mit der Grazer Innenstadt weitergeht. Ich danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke für das Schlusswort, das war eigentlich kein Schlusswort, sondern ich denke, das hätten sich viele wahrscheinlich in der Antragstellung erwartet, dann wäre vielleicht auch die Diskussion anders gelaufen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 18.24 Uhr den Vorsitz.

5) Initiative für die Grazer Innenstadt

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen! In meinem Antrag geht es um eine Einführung eines Arbeitskreises für eine Initiative für die Grazer Innenstadtkaufleute. Ich komme zum Motivenbericht. Die Gewerbetreibenden der Grazer Innenstadt leiden sowohl unter einer mäßigen Verkehrs- und

Parkplatzsituation als auch unter der starken Konkurrenz diverser Einkaufszentren am Stadtrand beziehungsweise in Grazer Umlandgemeinden.

Das Sterben der einzelnen Gewerbetreibenden geht langsam vor sich und fällt dem einzelnen Beobachter erst auf, wenn ganze Straßenzüge ihr Gesicht verändert haben und die ehemals schön gestalteten Auslagen unterschiedlicher Geschäfte durch zahlreiche Leerstände auf sich aufmerksam machen.

Die Grazer Stadtpolitik hat in der Vergangenheit zahlreiche Versuche unternommen, die infrastrukturelle Entwicklung diverser Grazer Stadtteile positiv zu beeinflussen. Gewiss waren beziehungsweise sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht alle Unternehmungen dieser Art von Erfolg gekrönt gewesen, dennoch hat die öffentliche Hand ihren Aufgabenbereich wahrgenommen und sich entsprechend eingebracht. Bei den geplanten Bauvorhaben um die Reininghausgründe war beispielsweise die Projektbegleitung durch einen eigenen Mitarbeiter der Stadt Graz geplant. Im gleichen Maße müsste die Stadt Graz aber ihre Verpflichtung wahrnehmen, wenn es darum geht, negative Entwicklungen in einem Stadtteil aufzuhalten und regulierend einzugreifen.

In der Grazer Innenstadt sind zahlreiche Straßenzüge bereits massiv vom Aussterben einzelner Gewerbebetriebe betroffen, sodass es maximal noch zu einer Anhäufung von Wettcafés kommt, darüber hinaus aber eine längerfristige Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben aber leider ausbleibt.

Diese Entwicklung verändert das Stadtbild einerseits nachhaltig und andererseits negativ, weil typische Grazer Gewerbebetriebe zurückgedrängt werden.

Nur Teile der Sackstraße sowie die Herrengasse erinnern noch an ehemalige Glanzzeiten, während andere Straßenzüge nicht einmal mehr erahnen lassen, welche Bedeutung sie noch in jüngerer Vergangenheit für unsere Stadt hatten.

Da es aber dringend notwendig ist, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, stelle ich namens des FPÖ - Gemeinderatsklubs nachstehenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Evaluierung und bedarfsorientierten Lösung der Probleme innerstädtischer Gewerbetreibender wird ein eigener Arbeitskreis "Innenstadt" ins Leben gerufen.

Dem Arbeitskreis sollen angehören:

Das zuständige Mitglied im Grazer Stadtsenat, Stadträtin Grabner, sowie je ein Mitglied aller im Gemeinderat vertretenen Parteien. Zudem sollen je ein Vertreter der zuständigen Ämter sowie die Gewerbetreibenden im Bezirk Innere Stadt zur Teilnahme eingeladen werden. Der Arbeitskreis soll in der Folge dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung über die Verhandlungen berichten. Danke (Applaus FPÖ).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Ja, Kollege Hötzl, richtig ist, dass in der Innenstadt in den vergangenen Jahren sehr viel investiert wurde in Relation zu den Außenbezirken, wahrscheinlich sogar überproportional viel, zu viel. Angesichts dessen, wie viele Millionen für die Innenstadt ausgegeben wurden, ist es aber erschreckend, was für eine Wirkung damit erzielt wurde und dass die Innenstadtwirtschaft immer noch darüber klagt, das eigentlich kaum eine Verbesserung eingetreten ist. Wo sich bei mir der Verdacht aufdrängt, dass die eine oder andere Maßnahme mit Sicherheit nicht so effektiv war, wie man es wollte und ich denke da vor allem oder zum Beispiel auch an die Pflasterung in der Herrengasse, die man ja scheint alle paar Jahre fast neu macht. So gesehen ist eine intensive Beschäftigung mit der Innenstadt ganz sicher notwendig. Ich muss sagen, dass unter Innenstadt ein bisschen mehr zu verstehen ist, wie du das im Antrag zum Ausdruck bringst, weil unter Innenstadt kann sicher nicht nur der erste Bezirk verstanden werden, sondern zur Innenstadt gehört mehr, und eigentlich wäre es die Aufgabe von uns im Gemeinderat, dass wir uns nicht nur mit der Innenstadt beschäftigen und der Wirtschaft dort, sondern mit der Wirtschaft im ganzen Bereich von Graz. Den zuletzt getätigten oder tätig gewesenen Wirtschafts- und Planungsreferenten, ich denke da an Nagl, Buchmann, Stadtrat Rüschi ist jetzt gerade weg, Stadträtin Grabner hat gerade erst begonnen, aber denen muss man leider attestieren, dass sie zwar sehr viel Geld in die Hand genommen haben, damit aber wenig bis kaum eine Wirkung erzielt haben und in Summe, glaube ich, wenn

man das Ganze beurteilt, muss man sagen, dass sie unterm Strich versagt haben. Summa summarum ist der Antrag von dir zwar zu kurz gefasst, aber immerhin ein positiver Teilansatz und deshalb werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Antragsteller, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich fange einmal mit dem Positiven an, der Kollege Hötzl ist wirklich äußerst loyal, er hat geschaut, dass er den Klubobmann nicht überholt mit seinem Antrag. Das Zweite ist die Idee, mit dem Arbeitskreis irgendwas zu lösen, ich weiß nicht, wie oft das noch vorkommt, es ist in den meisten Fällen ein Schmarren, weil der alte Spruch noch immer seine Gültigkeit hat, wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis. So wie das im Beschlussantrag gestellt worden ist, was da passieren soll, denke ich mir, ist es de facto eine Veranstaltung mit einem politischen Diskurs Richtung Wahlkampfveranstaltung, dass ein paar Leute sich treffen, sich ausweinen und dann wieder heimgehen und im Grunde nichts gelöst haben. Ich sehe in dem Antrag keinen einzigen intellektuellen Anflug, was wirklich passieren soll, in welche Richtung es gehen soll, weil wenn ich diskutiere, muss ich ein Ziel haben, das Problem ist dargestellt, das kennen wir, aber ich habe von solchen Anträgen in der Vergangenheit, ich bin jetzt seit Jänner 2008 im Gemeinderat, noch nicht gesehen, dass irgendetwas in der Leonhardstraße oder in anderen Bereichen der Innenstadt zu Verbesserungen gebracht worden wäre. Es wäre wirklich hochgradig an der Zeit, dass man wirklich eine Brainstorming macht, dafür braucht man aber hier nicht die Gemeinderatssitzung beanspruchen, dass man sich wirklich Gedanken macht, was man wirklich zum Wohle der Grazerinnen und Grazer, der Nahversorgung und zum Wohle der Geschäftsleute, die sich noch in der Innenstadt befinden, machen kann, dazu würde ich gerne aufrufen, das können wir auch durchaus besprechen abseits der Sitzung. Insofern will ich die Zeit nicht länger beanspruchen. Danke.

GRin. **Bergmann:** Wir als KPÖ-Fraktion werden dieser Dringlichkeit unsere Zustimmung geben, wobei wir aber auch glauben, dass also ein Arbeitskreis allein die Probleme nicht lösen wird können, die sind sehr vielfältiger Natur, aber eines ist sicher, es ist sehr viel geschehen, wenn ich nur an die Handelsmarketing denke, für den Handel, das Gewerbe ist sicherlich in der Stadt stiefmütterlich behandelt. Aber einen Punkt möchte ich anführen, es geht doch auch um eine bestimmte Nahversorgung. Wenn heute viele Handwerker in der Stadt nicht mehr vertreten sind und viele Bewohner nicht mehr wissen, wohin mit ihren Dingen, so ist das für uns auch mit ein Grund, hier die Nahversorgung sicherzustellen. Also ich möchte nur ankündigen, wir hätten gerne einen Zusatzantrag dann gestellt.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste! Es sind in letzter Zeit, auch wie im Koalitionsprogramm Schwarz/Grün verankert, sehr viele Initiativen passiert, speziell auch für den Innenstadthandel, zum Beispiel für die Kaufleute in der Innenstadt, aber auch für die Kreativindustrie, es gibt ein eigenes Citymanagement, das sich sehr bemüht, die Probleme aufzunehmen und zu lösen. Ich glaube, dass da wirklich sehr viel am Weg ist, deshalb werden wir als Grüner Klub der Dringlichkeit nicht zustimmen, ich werde mich aber bemühen, dass wir sehr bald wieder einen Wirtschaftsausschuss haben und dort die Studie zum Innenhandel präsentieren lassen und auch diskutieren und dort ein Forum haben, dass wir auf die von Ihnen genannten Probleme eingehen können (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich:** Frau Vizebürgermeisterin, Herr Antragsteller, hoher Gemeinderat! Kollege Mariacher, ich bin da ganz bei Ihnen, ich halte auch nichts von einem Arbeitskreis. Zur Versachlichung der Diskussion möchte ich Ihnen doch sagen, dass wir im Einzelhandel, und das ist das, was sicher Ihnen auch aufgefallen ist, was für Sie das Motiv war, diesen Antrag zu stellen, im Einzelhandel einfach ein verändertes Verbraucherverhalten feststellen seit vielen Jahren und der Handel darauf reagiert. Rede Sie einmal mit dem Präsidenten des Österreichischen Handelsverbandes, der spricht von einer durchgreifenden Strukturreform, die einen Wandel im Einzelhandel

herbeiführt, das ist in ganz Europa so. Große Handelsmarken bewerben ganz europaweit die großen Marken, die wir alle kennen, große Fachmärkte treten an, nehmen sich die schönsten Lagen und verdrängen Warenhäuser, verdrängen inhabergeführten Fachhandel. Wir haben das Glück, dass wir in Graz, und dafür haben wir, das wissen die beiden Kollegen von der FPÖ, glaube ich, nicht, das war in der letzten Periode, wir haben sehr gekämpft für den Ausbau des Grazer Kaufhauses Kastner & Öhler, und was wir derzeit erleben, eine der größten Baustellen in der Steiermark, und viele von uns sind am Dach da oben gestanden und haben das angeschaut, wie es die Auseinandersetzung mit den Herrschaften von dem Weltkulturerbe gegeben hat und wir sind dazu gestanden, das ist Belebung der Innenstadt. Wenn wir von einer Initiative reden und Sie sagen, Verkehrs- und Parkplatzsituation ist bedenklich, dann sage ich Ihnen, dass die Einzelhandelsstrukturanalyse der GMA uns bescheinigt, dass eine erstklassige Erreichbarkeit in der Grazer Innenstadt gegeben ist. Es ist eine erstklassige Versorgung mit Parkplätzen gegeben. 100 neue Parkplätze werden morgen eröffnet im Bereich der Kastner-und-Öhler-Tiefgarage, etwas was uns sehr freut. 513 Betriebe in der Innenstadt, sind 23 % des Gesamtbestandes, das sind Lebenszeichen, das sind starke Argumente, wir haben in der Innenstadt 12 % der Gesamtfläche des städtischen Handels, dass das Gewerbe in der Stadt ein Problem hat, ist klar, es gibt keine Flößer keine Hufschmiede und keine Fassbinder mehr, aber es gibt eine Tischerei in der Sackstraße, es gibt sehr erfolgreiche internationale Kleiderdesigner, die da sind und mit dem Standort sehr zufrieden sind und in Graz und hier auch produzieren. Die Grazer Innenstadt hat im Hinblick auf Erreichbarkeit, Parkplatzsituation, Typologie, bauliche Struktur, Architektur, Fassadengestaltung, Warenrepräsentation, hinsichtlich all dieser Rahmenbedingungen eine besonders gute Voraussetzung und ist hier gut aufgesellt, das ist ein Zitat aus der Einzelhandelsstrukturanalyse, und eines kann man auch noch dazu sagen, dass der gesamte Standort Graz mit insbesondere der Innenstadt die guten Rahmenbedingungen die da sind, besonders gut nützt, das wird uns aus dieser Studie bestätigt. Eine gelungene Kombination von alter Bausubstanz und neuer Nutzung bei all dem Spannungsfeld, in dem sich der Handel und das Gewerbe in der Innenstadt bewegen. Beim ersten Antrag habe ich auch nicht erkannt, was gemeint wurde, wir werden aus den vorgenannten Argumenten der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Kollegen! Der Antrag wird, wie es wohl aussieht, keine Mehrheit finden. SPÖ, danke für Ihre Sachlichkeit, für Ihre Problemerkennung, Sie sehen wenigstens, dass die Wirtschaftstreibenden bei uns in Graz, speziell in der Innenstadt im ersten Bezirk, wirklich Probleme haben. Gerd Mariacher, auf das will ich gar nicht eingehen, weil selbst deine Wortmeldung hat keinen Inhalt gehabt, ich weiß nicht warum, da geht es wahrscheinlich grundsätzlich darum, dass du nicht zustimmen willst oder kannst, aber ok, sei dahingestellt. Kollegin Bergmann von den Kommunisten, auch Ihnen möchte ich danken, Sie werden noch mit einem Zusatzantrag kommen, wo das Gebiet erweitert wird meines Wissens, auch das ist eine sehr gute Idee, das wäre natürlich nur der Anfang gewesen mit dem ersten Bezirk, es sollte natürlich noch ausgeweitet werden auf die größere Innenstadt, also Innenstadt und Umgebung, die angrenzenden Bezirke, dass man zur Annenstraße heraufkommen. Grün und ÖVP möchte ich nur sagen, Frau Mag. Pavlovec-Meixner, bei aller Wertschätzung Ihnen gegenüber, Sie sind die Vorsitzende vom Wirtschaftsausschuss, ich verstehe es nicht ganz, dass Sie die Probleme nicht beziehungsweise Probleme sehen Sie eh, das haben Sie eh bestätigt, dass es Probleme gibt, die Notwendigkeit sehen Sie halt nicht, ok. Trotzdem danke im Voraus, dass Sie einen Ausschuss einrichten, wo man das Thema behandeln wird. Ich glaube, es ist wirklich notwendig, also da ist wenigstens ein Weitblick da. Die ÖVP bestätigt wiederum, dass sie sich anscheinend von der guten Wirtschaftspartei, wie meine Großmutter schon irgendwann einmal gesagt hat, kann ich mich dunkel erinnern, anscheinend schon lange verabschiedet hat, also die Wirtschaftsbündler unter Ihnen, besonders Herr Gemeinderat Frölich in Ihrer Selbstherrlichkeit und Allwissenheit, Sie wissen die Probleme und das sind ja keine Probleme und die Firmen sollen sich gefälligst selber ändern. Erzählen Sie das einmal einem Gewerbebetrieb, der kurz vor der Pleite steht, der schon gar nicht mehr weiß, was er tun soll und nachher stellen Sie sich hin im Wirtschaftsbund zu Ihren Leuten und sagen, ja wir haben ein offenes Ohr. Ich habe noch die Worte von der Sissi Potzinger, eurem Wirtschaftskapazunder der Grazer ÖVP dabei, wie Sie bei einem Treffen von Innenstadtkaufleuten waren, wie Sie gesagt haben, ich habe ein offenes Ohr und Ihre Sorgen liegen mir am Herzen usw. Schade, dass niemand da ist von den Innenstadtkaufleuten. Der Antrag, glaube ich, hat nichts gehabt, der irgendwas hätte, was da nicht unterstützenswert ist. Aber es sei so. Wir müssen es zur Kenntnis

nehmen, ÖVP, wirtschaftsfeindlich will ich nicht sagen, aber von der Wirtschaftsfreundlichkeit schon lange verabschiedet. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Prüfung der Einsetzung von geeignetem Aufsichtspersonal in den öffentlichen Verkehrsmitteln der GVB

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr verehrte Damen und Herren! In den letzten Monaten erreichten uns aus unserem Nachbarland Deutschland immer häufiger Meldungen über brutale Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln, die mittlerweile leider auch schon zu ersten Todesopfern geführt haben. Auch die ansteigende Jugendgewalt wird immer öfter in einem Atemzug mit öffentlichen Transportmitteln genannt, was den Eindruck erweckt, die Benutzung von Bussen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)....

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es wird im Anschluss an diesen dringlichen Antrag, das ist ja schließlich der letzte, eine kleine Pause gibt und bitte jetzt noch um Aufmerksamkeit und Geduld bis zur Pause.

GR. **Schröck**: Ich darf jetzt wiederholen. Auch die ansteigende Jugendgewalt wird immer öfter in einem Atemzug mit öffentlichen Transportmitteln genannt, was leider Gottes den Eindruck erweckt, die Benutzung von Bussen und Bahnen sei besonders gefährlich.

Auch in unserer Stadt ist eine massive Abnahme des Sicherheitsgefühls in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu spüren. Die Angst vor gewalttätigen Übergriffen, Belästigungen, Überfällen und Taschendiebstählen steigt und der Ruf nach Beaufsichtigung in den Bussen und Straßenbahnen der GVB, zumindest in den Abendstunden, wird immer lauter.

Aufsichtsorgane als „Respektspersonen“, wie es zum Beispiel pensionierte Exekutivbeamte in Form einer Teilzeitbeschäftigung sein könnten, würden in unseren öffentlichen Verkehrsmitteln für Ruhe und Ordnung, für Schutz und Sicherheit, aber auch für die Beruhigung so manch aufgebrachter Gemüter sorgen können, um bei Belästigungen der unterschiedlichen Art aktiv einschreiten zu können.

Bus- und Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer sind aufgrund ihrer Konzentration auf das Verkehrsgeschehen und das hoffentlich unfallfreie Lenken ihrer Garnituren ohnehin auf Grund der mangelnden optischen und akustischen Wahrnehmungsmöglichkeiten in den langen Zügen gar nicht mehr wirklich in der Lage, selbständig einzuschreiten.

Für einen diesbezüglichen Einsatz als Aufsichtsorgane sollte zuerst im Sinne einer geordneten Personalentwicklung auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz sowie der Beteiligungen der Stadt Graz zurückgegriffen werden, die im Rahmen des Umbaus des „Hauses Graz“ einer neuen, sinnvollen und zweckmäßigen beruflichen Tätigkeit zuzuführen sind (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Diese neuen Aufsichtsorgane der GVB sollten die Aufgabe und die dazu passende Kompetenz innehaben, die Einhaltung der Beförderungsrichtlinien zu überprüfen und zu exekutieren, wie es zum Beispiel das Kontrollieren von Fahrscheinen, das Beschaffen von Sitzplätzen für ältere oder beeinträchtigte Personen und die

Bereitstellung von Hilfestellungen aller Art, wie sie bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln anfallen, vorkommen können.

Ein Ansprechpartner vor Ort, der aber auch Auskunft über Umsteigemöglichkeiten und Standorte von Sehenswürdigkeiten geben kann, wäre nur ein weiterer positiver Aspekt für die Tourismusstadt Graz.

Das Anbringen von Überwachungskameras kann das Vorhandensein von Aufsichtspersonen in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ersetzen, denn diese können am besten vor Ort die Sicherheit der Fahrgäste in unseren Bussen und Straßenbahnen gewährleisten.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, den Einsatz von fachlich und personell geeigneten Aufsichtsorganen in den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Zwecke des Erreichens von Ruhe und Ordnung, Schutz und Sicherheit, zur Gefahrenabwehr und zur Deeskalation bei Konflikten (insbesondere mit alkoholisierten oder gewaltbereiten Fahrgästen) zu prüfen.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, frei werdende beziehungsweise bereits verfügbare Personalressourcen innerhalb des Magistrates sowie in den Beteiligungen der Graz AG zu erheben beziehungsweise ausfindig zu machen, die für eine zweckdienliche Verwendung als Aufsichtsorgane in den öffentlichen Verkehrsmitteln der GVB eingesetzt werden könnten (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die zuständige Verkehrsreferentin meldet sich gleich zu Wort. Die Anliegen, die Sie in dem Antrag einbringen, sind berechtigt, wir kennen die

Situation in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wer unterwegs ist, sieht, dass manchmal Situationen entstehen, die von unangenehme Befindlichkeit bis hin zu konkreten Bedrohungssituationen reichen. Das subjektive Sicherheitsgefühl von Fahrgästen ist aber ein wichtiger Faktor, um öffentliche Verkehrsmitteln auch gerne und vor allem in den unsicheren Zeiten am Abend auch anzunehmen. Das war auch der Grund, warum einerseits von Seiten der GVB herangetragen wurde, Videokameras einzusetzen, für uns war es zu wenig, weil wir gesagt haben, so wie Sie es im letzten Absatz auch definieren, dass wir nicht davon überzeugt sind, dass eine Videoüberwachung alleine diese Situation erleichtern wird und deswegen wird auf Seiten der GVB und auch in Kooperation mit uns an einem Projekt gearbeitet, das genau dieses Thema aufgegriffen hat. Es ist so, dass derzeit erhoben wird, wie es in anderen, vor allem auch in deutschen Städten, wo es schon einige sehr brauchbare Modelle gibt, praktiziert wird. Ich erwarte mir im Jänner oder Februar im Aufsichtsrat dazu einen Bericht und gehen wird es dann darum, was können wir wirklich auch auf Grund unserer Ressourcen umsetzen, aber generell arbeiten wir an einem konkreten Modell, das begleiten soll, dass eben Personen, weil wir wissen, dass Personenpräsenz immer die beste Antwort ist bei Konfliktfällen im öffentlichen Raum, egal ob im öffentlichen Verkehr oder woanders und ich hoffe, dass wir bis zum Frühling wirklich ein Projekt präsentieren können, das mit geschulten Personen und nicht nur unter Ausbeutung sozusagen von Personen, mit denen man „nichts mehr anfangen“ kann, ich sage es jetzt genau unter Anführungszeichen, so wie es manchmal kurz gedacht ist, es soll wirklich entsprechend ausgestattet sein. Hier wird daran gearbeitet und deswegen können wir der Dringlichkeit auch heute nicht zustimmen, weil es schon in Arbeit ist und ich hoffe, ich kann im Frühling was präsentieren.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Antragsteller! Du hast ja heute direkt Visionen, hast ja einen visionären Antrag gebracht, wie die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat, nur Frau Vizebürgermeisterin, ich würde Sie bitten, dass Sie dazusagen, welchen Frühling Sie gemeint haben, weil der Frühling kann natürlich, jedes Jahr gibt es einen Frühling, ich nehme an, dass Sie den Frühling 2010 gemeint haben, sonst das andere glaube ich, dass Sie auch da mit dem

übereinstimmen, was der Antragsteller gemeint hat. Auch wir wollen sowohl dem Antrag von der Dringlichkeit her als auch vom Inhalt, wobei ich nicht Ihre Argumentation verstehe, man könnte oder man sollte sehr wohl der Dringlichkeit zustimmen, weil es ist ja ein dringliches Problem. Und wie Sie auch gesagt haben, es gibt nichts Besseres als wie Präsenz, das wissen wir, das begleitet uns ja schon seit Jahrzehnten in diesem Haus da, immer wieder Präsenz. Ob das jetzt von der Polizei angefangen ist, jede Kamera ist zwar sehr lobenswert, aber der Polizist am Jakominiplatz oder der Schaffner oder die Schaffnerin in der Straßenbahn ist sicher durch nichts zu ersetzen. Ich habe halt immer die Befürchtung, und das zeigt sich ja immer wieder und das zieht sich ja immer wieder durch, dass halt immer wieder Kommissionen gebildet werden, es werden Berichte gemacht, es wird hinausgeschoben, heute wäre einmal ein Antrag vom Kollegen Schröck da, wo man konkret mehr dahinter sehen kann und auch mehr Gas geben könnte. Also glaube ich, dass es sehr wohl wichtig wäre, auch der Dringlichkeit zuzustimmen, weil jeder, der sich mit diesem Problem befasst hat und der das noch kennt aus der Historie, ich weiß nicht, ob sie es noch in München zum Beispiel gibt, aber in München war das ja früher die SchaffnerInnen, die da gesessen sind, waren gefürchtet dann. Da hat es sicher in einer Straßenbahngarnitur hat es da überhaupt nie ein Problem gegeben und das wäre natürlich auch in Graz sehr sinnvoll. Wobei ich zwar Einschränkungen machen würde, und vielleicht kann man das auch noch ein bisschen einarbeiten in den Antrag, das eine, es muss ja nicht durchgehend auf allen Linien sein, dass man sagt, man muss jetzt in jeder Linie muss das wieder doppelt besetzt sein, man weiß ja aus Erfahrung, es gibt ja Linien, die ein bisschen kritischer sind und dann gibt es Linien, wo eigentlich Jahr und Tag nichts passiert ist und das Zweite, das möchte ich Sie, Frau Vizebürgermeisterin, sozusagen als Ressortzuständige aufmerksam machen, dass Sie vielleicht die Stadtwerke wieder darauf aufmerksam machen können, dass in den Beförderungsrichtlinien steht ja eindeutig drinnen, und jeder der Straßenbahn fährt, weiß das ja, eines der Hauptprobleme sind natürlich teilweise alkoholisierte Fahrgäste und es steht eindeutig in den Beförderungsrichtlinien drinnen, dass es alkoholisierten Fahrgästen verboten ist und dass Alkoholtrinken in der Straßenbahn oder Bussen verboten ist, nur leider wird das zur Zeit nicht exekutiert. Weil es vielen Fahrgästen nicht bewusst ist, wenn sie einsteigen, könnte man nur als kleine Gedankensplitter, so wie es das oben gibt auf jeder Straßenbahn, auf jeden Bus dieses Zeichen, kein Eis, so könnte man vielleicht das auch irgendwie

visualisieren, dass Betrunkene oder leicht Alkoholisierte nicht gerade sehr willkommen sind in den Straßenbahnen, aber der Kollege zeigt schon mit der Uhr, wie gesagt, wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute vorläufig nehme ich an, zum letzten Mal am Rednerpult zumindest vor der Pause. Es ist Folgendes, es ist ein ernstes Thema, und auch seitens des SPÖ-Gemeinderatsklubs werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, weil es leider Realität ist, dass die Übergriffe auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln leider Realität sind. Sie werden leider auch immer häufiger, und auch diese Übergriffe machen, wie gesagt, auch nicht mehr vor öffentlichen Verkehrsmitteln halt. Und uns geht es aber jetzt nicht nur darum, und wir lesen es ja leider immer wieder, dass hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlichen Verkehrsmitteln, BusfahrerInnen, StraßenbahnfahrerInnen hier attackiert werden, sich in unangenehmen Situationen wiederfinden. Also es geht einerseits um Schutzmaßnahmen für die Bediensteten der öffentlichen Verkehrsmittel, aber es geht letztendlich auch um Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit von Fahrgästen. Darüber hinaus sehen wir in diesem Antrag auch eine gute Möglichkeit, wenn es zur Installierung dieser Aufsichtspersonen, dieses neuen Schaffnertyps kommen sollte, dass natürlich auch diese Personen nicht nur jetzt hier gegen Gewalttätigkeiten wirken können und subjektiv, wie auch effektiv hier gegen Übergriffe und für mehr Sicherheitsbedürfnis sorgen, sondern wir sehen schon auch noch den Aspekt, und der Kollege Schröck hat es ja erfreulicherweise auch in seinem Antrag herausgearbeitet, dass diese Personen jetzt nicht nur Ansprechpartner sind, sondern natürlich auch da oder dort Hilfestellungen leisten können. Ich denke hier vielfach an betagte, ältere Personen mit Gehbehinderungen, ich denke hier an alleinerziehende GVB-Benützer und -benützerinnen mit Kinderwägen und dergleichen. Das heißt, hier gibt es sicherlich ein entsprechendes Potential, hier gibt es entsprechende Einsatzmöglichkeiten, hier gibt es verbessertes Service für die Kundinnen und Kunden von Öffis, letztendlich wird es auch zu klären sein, inwieweit, und wir wissen auch, dass das nur eine Maßnahme ist, ein Mosaiksteinchen zur verbesserten Situation in den öffentlichen

Verkehrsmitteln, es wird auch zu klären sein, und das steht auch im Raum, wie es aussieht mit einer entsprechenden Überwachung in Form von Videokameras, und weil wir heute hier diskutieren und auch dieser Antrag dazu geführt hat, dass sehr, sehr viele Fragen hier einfach gestellt werden, berechtigterweise, wo es keine 100-%ige Antwort gibt, glaube ich, dass es wirklich Sinn macht und auch die Dringlichkeit in sich birgt eben hier in Form dieser Prüfung, und es geht nur darum, dass wir klare Aussagen zu diesen Vorschlägen auf dem Tisch haben möchten, so wie es mir auch gegangen wäre beim vorigen Antrag, dass wir eine effektive Entscheidungsgrundlage finden, und aus diesem Grund werden wir, wie gesagt, hier diesem Antrag die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr**: Noch eine kurze Wortmeldung vor der Pause, vor allem auch, weil der Gemeinderat Eichberger vermisst immer eine sympathische Stimme der ÖVP, wenn es um Verkehrsfragen geht, du hast dich ja beschwert, dass wir uns nicht zu Wort gemeldet haben, diesmal sind wir aber natürlich direkt bei wesentlichen Themen, bei unwesentlichen, da hättest du dich ja mit deinem Kollegen Stadtrat Riedler absprechen können, wie das damals war mit den Gratis-Samstagen, aber das wirst du ja sicher noch nachholen können (*Applaus ÖVP*). Aber es geht jetzt um die Sicherheitsmaßnahmen in den Straßenbahnen, in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Zunächst hat die Frau Vizebürgermeisterin ja schon einiges ausgeführt, nämlich vor allem auch, dass dieses Thema sehr wohl aktuell behandelt wird und daher natürlich es immer sehr interessant ist aus der Sicht der Opposition, natürlich diese Themen noch einmal einzufordern, aber die Regierung ist aktiv, auch in der GVB ist das ein Thema, insofern besteht die Dringlichkeit nicht. Jetzt habe ich extra für dich, lieber Klaus, aber noch ein paar Sachhinweise. Punkt 1: Wir haben das heute schon beim Budgetthema auf der Tagesordnung gehabt. Natürlich müssen wir auch immer, der Stadtrechnungshofdirektor weist uns immer wieder darauf hin, wir müssen schon auch die Verhältnismäßigkeit im Auge haben von Maßnahmen, Kosten und möglicher Wirkung. Zunächst einmal, reden wir etwas nicht herbei, was so nicht...

Zwischenruf GR Eichberger unverständlich.

GR. **Mayr:** ...reden wir, lieber Klaus reden wir etwas nicht herbei, was so nicht Sache ist. Wir haben nicht dieses massive Sicherheitsproblem in den öffentlichen Verkehrsmitteln, wie das sehr gerne hier dargestellt wird, Punkt 1. Punkt 2: In Bereichen bei ,Fahrten, wo es wirklich sensibel ist, zum Beispiel wenn es nach den Fußballspielen ist die GVB sehr wohl bemüht, natürlich für Sicherheit zu sorgen, hier werden extra Security-Angestellte angemietet für diese Fahrten, die natürlich hier auch für Sicherheit sorgen. Nächster Punkt: Wir haben das Thema der Videoüberwachung. Nächster Punkt: Die Fahrer in den Straßenbahnen, in den Bussen haben eine direkte Notrufverbindung mit ihrer Leitstelle und natürlich gibt es auch eine direkte Notrufverbindung zur Polizei. Also es kann in Fällen, wo es wirklich dringlich ist, natürlich sofort auch hier zusätzliches Personal, auch die Polizei, angefordert werden.

Bgm.-Stvin. Rücker: Die Zeit ist abgelaufen.

GR. **Mayr:** Ich bin mit den Hinweisen auch schon am Ende, und aus den genannten Grünen stimmt die ÖVP natürlich sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nicht zu.

GR. **Schröck:** Sehr geehrte Frau (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Vizebürgermeisterin, ich freue mich, dass Sie das Problem und den Bedarf erkannt haben, wenn es tatsächlich so ist. Würde mich aber trotzdem darüber freuen und mir wünschen, dass Sie der Dringlichkeit nichtsdestotrotz die Zustimmung erteilen, um der Wichtigkeit dieses Ansinnens noch einmal die nötige Ernsthaftigkeit und

Nachdruck zu verleihen. Das eine schließt das andere nicht aus. Und ich hoffe, dass Sie der Dringlichkeit nicht nur aus parteipolitischen Überlegungen hier nicht nachkommen weil halt dieser Antrag einmal vom BZÖ kommt. Zur ÖVP, es ist interessant, dass Sie eigentlich inhaltlich der zuständigen Verkehrsreferentin widersprechen, aber auch wenn sie jetzt diesen Antrag nicht annehmen, bin ich äußerst zuversichtlich, dass in einigen Monaten derselbe Antrag wahrscheinlich wieder von Ihnen eingebracht wird, ein Beispiel davon werden wir heute noch vom Kollegen Titz bekommen, also wir werden uns sicher in dieser Sache noch einmal sehen und appelliere noch einmal an die Grünen, doch über ihren Schatten zu springen. Danke (*Applaus BZÖ*)

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir kommen nun zu einer Pause von, wenn wir uns Viertel nach sieben hier wieder treffen, dann machen wir 25 Minuten Pause. Dann bitte noch, bevor ihr geht, der Vorschlag ist, dann die Anfragen an den Bürgermeister im Antragstext und mit einem Satz Begründung einzubringen, nachdem er nicht da ist, werden sie sowieso geschäftsordnungsgemäß behandelt. Das Gleiche gilt als Vorschlag auch für die Anträge, wovon wir 19 hier liegen haben. Ist das im Sinne des hohen Hauses? Mehrheitlich sehe ich ja, dann geht es um Viertel nach sieben weiter.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.55 bis 19.25 Uhr.